

Erzgebirgischer Volksfreund

Wir sparen
Kohle, Gas und Strom
für die Rüstung!

Nr. 37

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich.
Monatlich Bezugspreis: frei Haus durch Träger 1,80 RM,
durch die Post 2,10 RM (ausführlich Zustellgebühr).
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 122a.
Postbank-Konto: Nr. 1.2. 22.

und Schwarzenberger Tageblatt

Verlag: E. M. Werner, Aue, Sa.
Geschäftsstellen: Aue, Ruf-Sammel-Nr. 2541, Schneeberg 310
Schwarzenberg 3124 und Bismark (Amt Aue) 2940.
Sonntag/Sonntag, den 13./14. Februar 1943

Für Rückgabe unverlangt eingereichter Schriftstücke ufm.
übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.
Bei Verfügung von hoher Hand keine Haftung aus
laufenden Bezügen, bei Unterbrechungen des
Geschäftsbetriebes keine Ersatzpflicht.

Jahrg. 96

Gesunde Währungs- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Ausführungen des Reichswirtschaftsministers.

In der Hauptversammlung der Deutschen Reichsbank erklärte Reichswirtschaftsminister und Präsident der Reichsbank Funk: Die Geld- und Währungspolitik hat auch 1942 alle Anforderungen der Kriegsförderung voll befriedigen können. Dabei blieb der Wert der Reichsmark stabil und das Vertrauen des deutschen Volkes in die Wertbeständigkeit seiner Sparguthaben unerschüttert. Ende 1942 konnte die Reichsbank eine verhältnismäßig geringe Beanspruchung durch das Reich und ein geringeres Anwachsen des Notenumlaufs als im Vorjahre ausweisen. Im neuen Jahre konnten die Bestände an kurzfristigen Reichspapieren um rund 4 Milliarden RM zurückgehen. Das deutsche Volk hat sein Verständnis für den im Kriege notwendigen Konsumverzicht durch erhöhtes Sparen bewiesen. Die Spareinlagen der öffentlichen Sparkassen sind 1942 um 15 auf 50 Mrd. RM gestiegen.

Der Geld- und Kapitalmarkt ist außerordentlich flüssig. Dafür tritt das Problem der glücklicherweise gedeckten Kaufkraft in den Vordergrund; eine zwangsläufig mit jedem modernen Krieg verknüpfte Erscheinung. Von Land zu Land verschieden sind nur die Auswirkungen dieser Erscheinung auf das innere Währungsgefüge. Ein Spannungsausgleich auf Kosten der Preisstabilität und damit des inneren Wertes der Währung wurde verhindert durch eine umfassende Rationierung aller wichtigen Verbrauchsgüter, durch die staatliche Lenkung von Produktion und Absatz, durch Preis- und Lohnüberwachung, durch eine verstärkte Besteuerung, durch die Pflege des Sparwillens und durch die fortlaufende Abschöpfung der am Geld- und Kapitalmarkt verfügbaren Mittel zugunsten des Reiches unter gleichzeitiger Behinderung nichtkriegswichtiger Vorhaben.

Die Grundlinien unserer Währungspolitik haben sich bewährt. Dagegen ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Stabilität der Währung unter allen Umständen gesichert bleibt. Wenn im Interesse einer Erhöhung der produktiven Erzeugungskraft die Spannung zwischen Verbrauchsgütern und Geldmenge weiter wächst, müssen die Maßnahmen zum Ausgleich dieser Spannung gegen verschärft und neue, noch wirksamere Methoden angewandt werden. Das wird in Anbetracht der jetzt notwendigen Mobilisierung neuer Arbeitskräfte und Energien für die Rüstungsproduktion geschehen müssen. Die Maßnahmen werden in einer verstärkten Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft bestehen. Im Vordergrund jeder gesunden Kriegsförderung steht die Besteuerung. Die Steuerkraft der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Volkes ist noch keineswegs an ihrer Grenze angelangt. Das wachsende Volkseinkommen läßt schon im Hinblick auf die zurückgehenden Verbrauchsmöglichkeiten eine stärkere Besteuerung zu.

Auf dem Gebiete der äußeren Währungs- und Wirtschaftspolitik bilden zur Zeit die Preis- und Währungsentwicklung in verschiedenen kontinentalen Ländern und die Verschuldung Deutschlands aus dem Verrechnungsverfahren (Clearing) die Hauptprobleme. Die im Ausland eingetretene Lohn- und Preissteigerung sind nicht nur für die Währung und Wirtschaft der betreffenden Länder, sondern auch für die deutsche Kriegswirtschaft abträglich. Wenn wir bisher trotzdem davon abgesehen haben, das Kursverhältnis der Reichsmark zu den Währungen der von dem Preis- und Lohnanstieg am stärksten betroffenen Länder zu ändern, so geschah dies in erster Linie, um unseren Clearingpartnern bei der Stabilisierung ihrer inneren Währungsfrage beifällig zu sein. Es handelt sich hier um ein Güterproblem und um ein Problem der Wirtschaftsentwicklung mit währungsrechtlichen Mitteln nicht zu lösen sind. Dies kann nur durch den Ausbau und die Aktivierung der in allen europäischen Ländern bereits eingeleiteten Schritte zur staat-

lichen Lenkung der Güterverförmung und der Preisüberwachung sowie durch entsprechende Maßnahmen in der Geld- und Finanzpolitik geschehen. Gelingt es, hier während des Krieges eine Ordnung und weitgehende Übereinstimmung zu erzielen, dann wird dies der im gesamteuropäischen Interesse liegenden Steigerung der Leistungsfähigkeit unseres Kontinents zugute kommen. Darüber hinaus würde aber hierdurch auch der Weg für die künftige Gestaltung einer kontinental-europäischen Währungsordnung geebnet werden.

Die planmäßige wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder unseres Kontinents wird durch die im Kriege weiter vorangetriebene zentrale Verrechnung der zwischenstaatlichen Zahlungen erheblich erleichtert werden. In dieser Tatsache kann auch unsere derzeitige Clearingverschuldung nichts ändern; denn sie ist lediglich kriegsbedingt. Trotz aller Schwierigkeiten konnte Deutschland seine Warenexporte in fast vorkriegsmäßigem Umfange aufrechterhalten und ist nicht wie die Engländer auf die milden Gaben seiner Verbündeten angewiesen. Da wir sehr viele langfristige Anlagegüter auf Kredit an unsere Clearingpartner liefern und dagegen vorzugsweise Rohstoffe und Lebensmittel gegen Kasse hereinnehmen, gibt die Clearingentwicklung überdies ein falsches Bild von unserer tatsächlichen Außenhandelslage. Die jetzt entstehenden Clearingforderungen an Deutschland sind dank der stabilen Kaufkraft unserer Währung wertbeständig. Unseren Clearingpartnern erwächst daraus der Vorteil, daß ihre Guthaben bei der Deutschen Verrechnungskasse von einer Verminderung der Kaufkraft ihrer eigenen Währung nicht berührt werden. Diese ausländischen Guthaben werden im Frieden schneller, als mancher heute glauben möchte, abgedeckt werden können. Dafür bürgen die im Kriege zusehends gestiegene Produktionskapazität der deutschen Industrie, der technische Fortschritt sowie der Rohstoffreichtum der von unserer Wehrmacht und unseren Verbündeten für Europa erkämpften Ostgebiete. Es kommt jetzt nicht darauf an, wohlausegewogene Handelsverträge zu erreichen und Clearingfallen auszugleichen, sondern es kommt darauf an, die Volkswirtschaften vernichtend zu schlagen.

Bei der Banknationalisierung ist die Reichsbank mit gutem Beispiel vorangegangen und hat zur Entlastung der privaten Wirtschaft eine Reihe von zusätzlichen Aufgaben übernommen. Es sind aber noch große Aufgaben zu lösen. Es muß erreicht werden, daß im Bankgewerbe während des Krieges der stark erhöhte Arbeitsumfang mit der kleinsten Apparatur und dem geringsten Aufwand bewältigt wird. Die Bankentwässerung könnte noch manches tun, um den Banken ihre Rationalisierungsarbeit zu erleichtern. Insbesondere sollte für den Zahlungsverkehr stets die wirtschaftlichste Form des Zahlungsausgleichs gewählt werden.

Eine besonders große Bedeutung kommt den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand zu. Die Bedürfnisse der Front und die Erfüllung kriegswirtschaftlich wichtiger Aufgaben dürfen natürlich durch falsch verstandene Sparmaßnahmen nicht vernachlässigt werden. Der Staat hat aber die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sich die Preisgestaltung in fiskalisch und währungspolitisch vertretbaren Grenzen hält. Es schweben Erwägungen über weitere in der gleichen Richtung wirkende Maßnahmen.

Im Vordergrund stand bisher nach wie vor die Selbstfinanzierung. Wir befinden uns hier aber erst am Anfang einer Entwicklung, die in diesem Jahre infolge der verstärkten Ausrichtung der Wirtschaft auf den totalen Krieg ihren beschleunigten Fortgang nehmen dürfte. Im Gegensatz zum vorigen Weltkrieg wurde es diesmal vorgezogen, unter Aufrechterhaltung der Funktionen der Börse, die der Kapitalbeschaffung der kriegswichtigen Wirtschaft dienen soll, ein Sachwertmarkt am Aktienmarkt durch eine Reihe von Eingriffen zu unterbinden. Es hat sich nunmehr als notwendig erwiesen, die Höchstgrenze für die Devisen- und Ablieferungs-

Schwere Verluste der Sowjets.

Wie das OAB. mitteilt, hatten die Sowjets am Donnerstag im Süden und Norden der Ostfront erneute schwere Verluste vor allem an Panzern und Flugzeugen. An der Steilflanke bei Noworossijst warfen unsere Truppen angreifende Volkswaffen in erbitterten Nahkämpfen zurück und vertrieben durch Artilleriefeuer auf den Hafens vorstoßende feindliche Schiffe. Am Kuban-Brückenkopf verloren die Volkswaffen allein im Abschnitt einer deutschen Panzerdivision an den beiden letzten Tagen mehr als 1700 Tote, 35 Geschütze und 950 Gefangene. Infolge dieser Ausfälle kam es nur zu örtlichen Kämpfen, bei denen sechs Sowjetpanzer abgeschossen wurden.

Auch am unteren Don und Donez traten die Volkswaffen nur zu Teilangriffen an. Nach Vernichtung von sieben Panzern und zehn schweren Panzerabwehrkanonen brachen die Vorstöße in harten Kämpfen zusammen. Nach bisherigen Meldungen schossen unsere Jäger dabei 19 feindliche Flugzeuge ab. Weitere sechs brachte die Flakartillerie zum Absturz.

Die starken Ausfälle an den Vortagen zwangen den Feind auch am mittleren und oberen Donez, nur an einigen Brennpunkten anzugreifen. In diesen Stellen wurde erbittert gekämpft. Beim Aufsuchen vorgepresster Stoßtrupps und beim Zusammenstößen eingeschlossener Kräfte vernichteten unsere Infanterie- und Panzerverbände ein Schützenregiment, ein Schi-Bataillon, elf Panzer und zahlreiche schwere Waffen.

Die Luftwaffe hatte die Aufgabe, die Gegenangriffe der Heeresstruppen abzuschirmen. Beim Sichern vorstößender Panzereinheiten der Waffen-SS zerschlugen Kampf- und Sturzkampfflugzeuge feindliche Truppenansammlungen und Artilleriestellungen so gründlich, daß der Angriff erfolgreich durchgeführt werden konnte. Kampf- und Tiefflieger blieben am Feind, hielten die feindlichen Batterien nieder und vernichteten mehrere bolschewistische Panzer.

Im Raum nördlich Kursk konnte der Feind seine Massenangriffe infolge seiner schweren Verluste ebenfalls nicht im gleichen Umfange fortsetzen. Er wurde überall blutig abgewiesen. An einer Stelle gelang es zwar neu herangebrachter Infanterie, in unsere Verteidigungslinien einzudringen, doch mußte sie vor unseren Gegenstößen wieder zurückweichen. Sturzkampfflugzeuge bekämpften das Heranziehen frischer Kräfte. Sie rieben sieben marschierende Sowjetkompanien auf und zerstörten fünf Panzer, fünf schwere Geschütze und 135 Fahrzeuge.

Auch im Raum von Welikije Lutz zerschlug die Luftwaffe Bereitstellungen zu größeren Angriffen. Der Feind konnte daher nur zusammenhanglose Angriffe in Kompanie- bis Regimentsstärke führen. Unter Abschuß von sechs Panzern blieben sie im Abwehrfeuer liegen.

Zwischen Wolchow und Ladogasee versuchten die Volkswaffen, die Stellungen einer Division nach Artillerienovobereitung mit starken Kräften zu durchbrechen. Trotz erheblichen Schlachtfliereinsatzes scheiterte der Angriff. Durch Gegenstöße gelang es, feindliche Kräfte einzuschließen und im Zusammenwirken mit der Artillerie zu vernichten.

Vor Leningrad brachen die Sowjets mit etwa 100 Panzern gegen den Abschnitt einer Division vor. Angriff auf Angriff rollte gegen unsere Stellungen. Das Feuer unserer schweren Waffen brachte den Ansturm zum Stehen. 53 zerstörte Sowjetpanzer blieben auf dem Kampffeld liegen, 81 davon vernichtete allein eine Panzerkompanie, 15 eine Panzerjägerabteilung. Die restlichen vier erledigten Grenadiere im Nahkampf. Drei weitere feindliche Panzerkampfwagen wurden von der Nachbardinision abgeschossen.

In erbitterten Luftgefechten schossen unsere Jäger zwischen Ladoga- und Imensee 35 feindliche Flugzeuge ab. Gleichzeitig bombardierten Kampf- und Sturzkampfflugzeuge in über 75 Tiefangriffen die feindlichen Reserven, vernichteten zahlreiche Panzer und Fahrzeuge und zerpöngten dicht aufgeschlossenen marschierenden Nachschubkolonnen.

Insgesamt verloren die Volkswaffen bei den Kämpfen des Donnerstags 60 Flugzeuge und über 90 Panzer.

pfligt der im Kriege erworbenen Aktien von 100 000 RM auf 50 000 RM herabzusetzen.

Die Senkung der Zinssätze ist planmäßig zu Ende geführt worden. Damit sind wir soweit gekommen, daß der Staat seine Kreditbedürfnisse zum billigsten Zinssatz des Landes befriedigen kann.

Die Mahnung an das deutsche Volk, durch eine erneute Kraftanstrengung neue Kräfte für die Front und für die kriegswirtschaftliche Wirtschaft zu mobilisieren, muß auch auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens nachdrücklich befolgt werden, damit alles geschieht, die deutsche Rüstung auf das Höchstmögliche zu steigern und den Endsieg unserer Waffen sicherzustellen.

Die Finanzierung aller mit dem Kriege zusammenhängenden Bedürfnisse ist bisher glatt und sicher verlaufen. Inzwischen ist die Umschaltung unserer Wirtschaft auf den totalen Krieg in die Wege geleitet worden. Ganze Wirtschaftszweige, die dem Verbrauch dienen, werden stillgelegt, weil sie kriegsunwichtig sind. Aus dem zunehmenden Ueberschuß an Kaufkraft können nachteilige Folgen entstehen, deshalb ist eine verstärkte Kaufkraftabschöpfung zu erwarten, ebenso ist eine stärkere Besteuerung durchaus vertretbar. Bisher ist die Hälfte der gesamten Reichsausgaben aus dem Steuereinkommen gedeckt worden, es wird auch in Zukunft bei diesem Verfahren bleiben, wodurch wir uns vor einer ungesunden inneren Verschuldung schützen. Auf der Steuerkraft beruht also die Aufbringung der Der neue OAB-Bericht liegt bei Drucklegung noch nicht vor.



Nachschub für die tunesische Front. Unsere Luftgeschwader überfliegen mit Truppen und Kriegsmaterial das Mittelmeer. OAB-Kriegsberichtler Hilscher (WFG-Sch) — Links: Panzer-grenadiere. // OAB-Zeichnung Kriegsberichtler W. Petersen (Sch)